

Nein zur überstürzten Steuerfusserhöhung

Ja zu Transparenz, Kostenkontrolle und nachhaltiger Finanzführung

Am 8. März entscheiden wir nicht nur über 60 % oder 70 %.

Wir entscheiden über die **finanzielle Richtung unserer Gemeinde bis 2030 – und darüber hinaus.**

1. Warum stimmen wir überhaupt ab?

An der Gemeindeversammlung vom 13.11.2025 wurde der Steuerfuss **im Rahmen des Budget-Traktandums** von 60 % auf 70 % erhöht.

Diese Erhöhung war **nicht als Traktandum angekündigt**.

Für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ändert dies die Ausgangslage entscheidend:

- Der Steuerfuss war **vor wenigen Jahren bewusst auf 60 % gesenkt** worden.
- **2024 wurde eine Steuerfusserhöhung von der Bevölkerung abgelehnt.**
- Ohne separate Traktandierung bestand für viele **kein Anlass**, eine erneute Erhöhung zu erwarten oder gezielt an der Versammlung teilzunehmen.

Das Referendum wurde erfolgreich ergriffen, damit **nun die gesamte Bevölkerung** über diese grundlegende Richtungsentscheidung abstimmen kann.

2. Unsere Haltung – klar und konstruktiv

Wir sind **nicht gegen Investitionen**.

Wir sind **nicht grundsätzlich gegen Steueranpassungen**.

Wir sind **für**:

- Transparenz
- Kostenkontrolle
- nachhaltige Finanzführung
- strukturierte Planung
- schrittweises Vorgehen
- offene Diskussion von Alternativen

Ein Nein bedeutet **nicht Blockade**, sondern: **erst verstehen – dann entscheiden**.

3. 70 % ist bereits substantiell – und nicht das Ende

Eine Erhöhung um **10 Prozentpunkte** ist **gemeindehistorisch bereits ein sehr grosser Schritt**.

Sie ist **nicht moderat**, sondern:

- eine abrupte Mehrbelastung für Haushalte und Unternehmen

- ein klarer Bruch mit der bisherigen Steuerstrategie
- ein starkes Signal an bestehende und potenzielle Steuerzahler

Entscheidend ist jedoch:

An der Gemeindeversammlung wurde eine **Finanzplanung bis 2030 gezeigt**, die einen Steuerfuss von **bis zu 95 %** vorsieht.

Das bedeutet:

+35 Prozentpunkte innerhalb weniger Jahre.

Diese Perspektive verändert die Bewertung der aktuell zur Diskussion stehenden 70 % grundlegend.

4. Risikoanalyse: Steuerfussspirale statt Stabilität

Ohne sorgfältige Planung entstehen reale Risiken:

- Abwanderung einkommensstarker Steuerzahler
- sinkende Steuerbasis bei gleichzeitig steigenden Kosten
- erneute Defizite trotz höherem Steuerfuss
- weiterer Erhöhungsdruck

Je nach Abwanderungs- und Demografieentwicklung kann dies dazu führen, dass **Steuerfusse von 100–120 %** nötig würden, um die gleiche Einnahmenbasis zu halten.

Diese Szenarien sind **keine Behauptungen**, sondern **Risiken**, die bei Steuerfüssen von 80–95 % zwingend geprüft werden müssen.

Genau diese Prüfung fordern wir.

5. Klartext zum Budget 2026

Das Budget 2026 zeigt:

- ein weiterhin negatives operatives Ergebnis
- steigende Nettoverschuldung pro Einwohner
- einen sehr tiefen Selbstfinanzierungsgrad bei hohen Investitionen

Klar festzuhalten ist:

70 % lösen die strukturellen Probleme weder kurz-, mittel- noch langfristig.

Ohne Struktur- und Kostenreformen bleibt der Erhöhungsdruck bestehen.

6. Grossprojekte im Verhältnis – verständlich gemacht

Beispiel Schulstandort Eggen

Im Raum steht ein Ersatzneubau in der Größenordnung von rund CHF 25 Mio.

Bei 210 Schülerinnen und Schülern bedeutet dies:

- **rund CHF 120'000 Investitionskosten pro Schulkind**
- **über einen Betrachtungszeitraum von 20 Jahren rund CHF 6'000 pro Kind und Jahr (ohne Zins-, Betriebs- und Folgekosten)**

Vergleich zur Einordnung

CHF 25 Mio. entsprechen – bei heutigen Baukosten – **ungefähr dem Neubau von 50 bis 100 Mietwohnungen (2.5- bis 3.5-Zimmer).**

Gerade für eine überalternde Gemeinde stellt sich daher zwingend die Frage:

- Wurden Sanierungs- und Etappierungsvarianten seriös geprüft?
 - Gibt es unabhängige Zweitmeinungen?
 - Wurden Lebenszykluskosten transparent verglichen?
-

7. Grossprojekte im Zusammenhang mit der Steuerplanung

Grosse Investitionen sind nicht isolierte Einzelentscheide – sie beeinflussen direkt die zukünftige Steuerbelastung der gesamten Bevölkerung.

Aus den Abstimmungsunterlagen lässt sich ableiten, dass das gesamte kommunale Steuersubstrat bei 100 % Steuerfuss in einer Grössenordnung von rund CHF 12–12.5 Mio. pro Jahr liegt.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich:

Ein einzelnes Projekt von CHF 25 Mio. entspricht damit mehr als zwei vollen Jahressteuererträgen bei 100 % Steuerfuss – noch ohne Zins-, Betriebs- und Folgekosten.

Solche Investitionen stellen damit einen wesentlichen Treiber der zukünftigen Steuerfussentwicklung dar.

Gerade bei einer Finanzplanung mit vorgesehenen Steuerfüssen von bis zu 95 % ist es deshalb unerlässlich:

- Projekte im Zusammenhang mit der Gesamtsteuerstrategie zu betrachten
- Varianten, Etappierungen und Redimensionierungen zu prüfen
- Szenarien zur langfristigen Steuerbelastung transparent darzustellen

Nur so können Investitionsentscheide verantwortungsvoll und nachvollziehbar getroffen werden.

8. Erst Struktur – dann Steuer

Vor einer dauerhaften Erhöhung braucht es:

- Organisations- und Prozessreview der Verwaltung
- Prüfung der Auslagerung von Teilaufgaben (Effizienz, Kooperationen)
- Priorisierung und Etappierung von Investitionen

- Variantenvergleiche mit Total Cost of Ownership
- messbare Einsparziele
- transparente Berichterstattung (Finanz-Cockpit)

Ohne diese Grundlagen wird jede Steuererhöhung zur **Dauerlösung**.

9. Offene Fragen zur Finanzplanung und zur Rolle der Finanzkommission

Gerade im Zusammenhang mit grossen Investitionen stellen sich aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger zentrale Fragen zur Priorisierung und finanziellen Planung.

Beim Projekt Schulstandort Eggen wurden bereits rund CHF 2 Mio. für Analysen und Projektierungskredite bewilligt.

Erfahrungsgemäss entsprechen Projektierungs- und Planungskosten nur einem kleinen Anteil der Gesamtkosten.

Wenn bereits mehrere Millionen in die Planung fliessen, deutet dies in der Regel auf ein Gesamtvolumen im zweistelligen Millionenbereich hin.

Damit waren die finanziellen Dimensionen frühzeitig absehbar.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage:

- Warum wurde keine grundlegende Reevaluation oder Redimensionierung des Projekts vorgeschlagen?
- Warum wurde keine Sanierungs- oder Etappierungsvariante vertieft geprüft?
- Warum wurde im Zusammenhang mit diesem Projekt nicht transparent aufgezeigt, ob und welche Steuerfusserhöhungen dafür notwendig würden?
- Warum wurde kein klares Budget- oder Kostendach definiert, um die Steuerbelastung zu begrenzen?

Stattdessen wurde eine allgemeine Steuerfusserhöhung beantragt.

Aus Sicht des Referendumskomitees wäre es sachgerechter gewesen, zuerst:

- Varianten zu vergleichen
- Einsparpotenziale zu prüfen
- Projekte zu priorisieren
- und die finanziellen Auswirkungen offen darzulegen

Erst auf dieser Grundlage kann die Bevölkerung verantwortungsvoll über Steuererhöhungen entscheiden.

Diese Fragen richten sich nicht gegen einzelne Personen, sondern betreffen den Prozess und die Transparenz der Finanzplanung insgesamt.

10. Sachliche Gegenanalyse der Finanzkommission

Aussage Finanzkommission	Unsere sachliche Einordnung
Einnahmen decken Ausgaben nicht mehr	Richtig – aber Ursache liegt in der Kostenstruktur
Kostenanstieg nicht selbst verursacht	Teilweise richtig – aber nicht vollständig analysiert
Massnahmen in der Verwaltung reichen nicht	Welche Massnahmen? Wo sind Kennzahlen und Effekte?
Steuererhöhung unumgänglich	Ohne Szenarien, Varianten und Sparziele nicht belegt
Erhöhung stabilisiert Finanzen	Budget zeigt: strukturelle Probleme bleiben bestehen
Zuwarten verschärft das Defizit	Ungeprüfte Erhöhungen können Defizite ebenfalls verstärken

Fazit:

Die Argumentation erklärt den Status quo – sie zeigt jedoch **keinen nachhaltigen Weg** auf.

11. Was passiert bei einem Nein – Häufig gestellte Fragen klar beantwortet

Werden Pflichtaufgaben bei einem Nein gefährdet?

Nein. Gesetzlich notwendige Ausgaben bleiben gesichert.

Bestimmt bei einem Nein der Kanton den Steuerfuss?

Nein.

Kommt es bei einem Nein zu einem Stillstand?

Nein. Das Budget wird überarbeitet und neu beschlossen.

Sind wir bei einem Nein gegen Schule oder Infrastruktur?

Nein. Wir sind für die **beste Lösung zum besten Preis**.

Ist bei einem Nein jede Steuererhöhung ausgeschlossen?

Nein. Aber sie soll **schriftweise, begründet und messbar** erfolgen.

12. Die Kernfrage dieser Abstimmung

Wollen wir:

- sofort erhöhen – mit Perspektive auf **80–95 % (oder mehr)**?

Oder:

- zuerst Transparenz, Strukturreformen, Szenarien und Planung?
-

Darum empfehlen wir:

Nein zur aktuellen Steuerfusserhöhung am 8. März 2026.

Ein Nein bedeutet:

- Zeit für Transparenz
- Zeit für Kostenkontrolle
- Zeit für nachhaltige Finanzführung

Nicht gegen die Gemeinde –
für eine tragfähige Zukunft.